

Auf Prüfanträge zum Bewerbungsstopp fällt der Stadt keine Antwort ein

Unna. Nach dem Abbruch der Beigeordnetensuche ist Unnas Stadtverwaltung mit rechtlichen Bedenken konfrontiert worden. Das Rathaus reagiert überraschend: aus Sicht der Beschwerdeführer nämlich gar nicht.

Die Suche nach zwei neuen Spitzenbeamten in der Hierarchieebene unter Bürgermeister Dirk Wigant war ein Verfahren von großer Brisanz - und bleibt es auch über den Abbruch dieses Verfahrens hinaus. Freie Liste und SPD haben mit unterschiedlichen Mitteln eine rechtliche Prüfung beantragt. Zwei Wochen danach haben sie aus der Stadtverwaltung keine Reaktion darauf erhalten.

Nicht einmal eine Eingangsbestätigung habe er bislang erhalten, und dementsprechend auch noch keinen Termin für seine Akteneinsicht, erklärte FLU-Fraktionschef Klaus Göldner auf Anfrage.

» Heute sind aber auch erst zwei Wochen vergangen. Eine geben wir dem Rathaus noch. «

SPD-Fraktionschef
Sebastian Laaser

Die SPD-Fraktion schaute an diesem Freitag extra noch einmal im ferienbedingt verwaisten Fraktionsbüro nach, ob etwas in der Post ist. Doch auch sie hat noch keine Reaktion auf ihre Aufforderung an den Bürgermeister erhalten, den Ratsbeschluss zur Beigeordnetensuche zu beanstanden.

„Heute sind aber auch erst zwei Wochen vergangen. Eine geben wir dem Rathaus noch“, erklärte SPD-Fraktionschef Sebastian Laaser.

Rechtliche Bedenken auf beiden Seiten

In seiner Sitzung am 1. Juli hat der Rat der Stadt beschlossen, die bereits angelaufene Suche nach zwei Nachfolgern für Kerstin Heidler und Karl-Gustav Mölle abzubrechen und die veröffentlichten Stellenausschreibungen aufzuheben. Nach der Sommerpause soll es einen Vorschlag für das weitere Verfahren geben.

Ausschlaggebend für den Beschluss waren rechtliche Bedenken, die die Stadtverwaltung nach einer Indiskretion angeführt hatte: Demnach hätten Bewerber mit Klagen gedroht, sollten die Verfahren fortgesetzt werden.

Die Mehrheit des Rates folgte der Empfehlung der Verwaltung und zog die Notbremse. Doch es gab auch andere Einschätzungen. SPD und FLU fassen den Abbruch der Verfahren als politisch motiviert auf. Sie deuten den Verdacht an, dass den Bündnisgrünen die Chance gegeben werden soll, nach dem Rückzug ihrer Bewerberin Claudia Keuchel Ersatz zu nominieren.

Die SPD hält den Abbruch des Verfahrens für nicht begründet und sieht nun gerade nach dieser Entscheidung des Rates die Gefahr von Klagen aus dem Bewerberkreis. Daher hat sie Bürgermeister Dirk Wigant aufgefordert, den Beschluss zu beanstanden, der aus ihrer Sicht einen Rechtsverstoß darstellt. Klaus Göldner von der Freien Liste meldete hingegen Zweifel daran an, ob die Argumentation in der Beschlussempfehlung der Verwaltung eine Faktengrundlage hat. Deshalb beantragt er Akteneinsicht, die ihm als Mitglied des Stadtrates prinzipiell zusteht.

Dass das Rathaus über zwei Wochen hinweg keine Reaktion auf diese beiden Anliegen zeigt, überrascht. Noch in der Ratssitzung hatte Bürgermeister Dirk Wigant erklärt, dass Klaus Göldner gerne Einsicht in die Unterlagen nehmen könne, die auch Aktenvermerke zu Beschwerden von Bewerbern am Verfahren enthielten. Und der SPD hielt Wigant bereits in der Ratssitzung entgegen, dass er den Beschluss nicht beanstanden würde.

Rathaus verweist auf Prüfung

Auf Nachfrage im Büro des Bürgermeisters hieß es dazu nun, dass das Anliegen der SPD zurzeit in einer „umfassenden rechtlichen Prüfung“ sei. Und: „Ein Termin zur Akteneinsicht ist gerade in Abstimmung.“

Unklar ist dabei, wer diesen Termin mit wem abstimmt. Klaus Göldner als Antragsteller ist nach seiner Darstellung noch nicht gefragt worden, wann er denn Zeit hätte. „Ich bin erstaunt darüber, dass das so schwierig ist“, sagt er. *ska.*



Im Rat der Stadt gab sich Bürgermeister Dirk Wigant reaktionsschnell und schlagfertig, als FLU und SPD eine Überprüfung des Beigeordnetenbeschlusses ankündigten. Doch auf die „offiziellen“ Eingaben in Schriftform hat die Stadtverwaltung noch nicht reagiert.

FOTO HENNES (A)